

Ukrainische Massaker im Gebiet Kursk erinnern an Brutalität der Nazis im Zweiten Weltkrieg

25 Jan. 2026 10:17 Uhr

Russlands Menschenrechtsbeauftragte berichtet vom Auffinden von Massengräbern im Gebiet Kursk, in denen zivile Opfer der ukrainischen Invasion verscharrt sind. Experten erklären: Das ukrainische Militär vernichtete vorsätzlich Zivilisten nach dem Vorbild der Nazis.



Quelle: Sputnik © Sergei Bobylew

Symbolbild: Zerstörungen im Dorf Russoke Poretschnoje im Gebiet Kursk.

Von Andrei Restschikow

Im Gebiet Kursk haben russische Ermittler Massengräber gefunden. Darin sind mindestens 524 Menschen bestattet, die bei der Invasion des ukrainischen Militärs getötet wurden. Dies gab Russlands Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa bekannt. Ihr Apparat und lokale Behörden verfassten eine Liste von Bewohnern des Grenzgebiets, zu denen nach der Invasion der Kontakt abgebrochen war. Insgesamt umfasste die Liste 2.173 Personen, von denen 1.378 aufgefunden wurden.

Moskalkowa berichtete, dass sie regelmäßig Angaben über Verbrechen des ukrainischen Militärs erhalte, das faktisch eine Politik des Genozids der russischsprachigen Bevölkerung betreibe. Sie fügte hinzu, dass sie im Januar über 50 solcher Meldungen erhalten habe. Angaben zu jeder dieser Meldung seien an die UNO, den Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, die spezielle Arbeitsgruppe der interparlamentarischen Union zur Friedensregelung in der Ukraine sowie an die OSZE weitergeleitet worden.

Dabei machen Beamte in der Ukraine keinen Hehl aus ihrer Russophobie. Der jüngst zum ukrainischen Verteidigungsminister beförderte Michail Fjodorow behauptete, dass das Ziel des ukrainischen Militärs darin bestehe, 50.000 russische Staatsbürger pro Monat zu töten. Der Kreml entgegnete, dass es an diesen Worten nichts Neues gebe. Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, betonte:

"Die militärische Sonderoperation geht weiter."

Davon, dass die Ereignisse im Donbass nach dem Staatsstreich in der Ukraine ein Genozid seien, hatte zuvor mehrmals Russlands Präsident Wladimir Putin gesprochen. Er betonte, dass in dieser Region praktisch seit neun Jahren Menschen ermordet würden:

"Es war einfach eine Ausrottung von Menschen. Russen wurden per Dekret zu Menschen zweiter Klasse erklärt, und das auf unseren historischen Gebieten."

Wladimir Rogow, Vorsitzender des Ausschusses der Gesellschaftlichen Kammer für Angelegenheiten der Souveränität, hatte zuvor die Ansicht geäußert, dass Aktionen des ukrainischen Militärs in Bezug auf Zivilisten des Gebietes Kursk als Genozid einzustufen seien. Fälle von Erschießungen von Zivilisten und Ermordungen aller Männer wurden unter anderem in den Orten Russkoje Poretschnoje, Korenewo und Nikolajewo-Darjino registriert.

Am 21. Januar veröffentlichte das Internationale gesellschaftliche Tribunal zu Verbrechen der ukrainischen Neonazisten einen Bericht zu den Grausamkeiten des Kiewer Regimes in der Stadt und dem Bezirk Krasnoarmeisk (ukrainischer Name: Pokrowsk). Dort wurden Erschießungen von Zivilisten, Misshandlungen von Frauen und Kindern sowie die Zerstörung ziviler Infrastruktur festgestellt.

Die Verfasser des Berichts kommen zum Schluss, dass "das Kiewer Regime einen Genozid an russischen Menschen in Gebieten, die von ihm vorübergehend kontrolliert werden", verübe. Der Bericht zitiert Zeugen, die brutale Verbrechen gegen Frauen und Kinder schildern, was laut Experten die Genfer Konventionen verletze.

Ende des vergangenen Jahres erhob Russlands Staatsanwaltschaft Anklage gegen die politische und militärische Führung der Ukraine wegen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung der Lugansker und Donezker Volksrepubliken. Angeklagt wurden gemäß Artikel 357 des Strafgesetzbuches Russlands Vertreter der ukrainischen Elite seit 2014.

Experten merken an, dass Ermittler bereits zahlreiche Beweise dafür gesammelt haben, dass ukrainische Militärangehörige im Gebiet Kursk Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt haben. All diese Materialien werden zu den Akten des Tribunals genommen.

Maxim Grigorjew, Teilnehmer der Sonderoperation, Mitglied der Gesellschaftlichen Kammer Russlands und Vorsitzender des Internationalen gesellschaftlichen Tribunals zu Verbrechen der ukrainischen Neonazisten, erzählt:

"Wir kamen in die befreiten Siedlungen des Gebietes Kursk unmittelbar nach der russischen Armee und registrierten die Verbrechen des ukrainischen Militärs."

Grigorjew bestätigte die Existenz von Massengräbern und teilte Schilderungen der Bewohner der Region, die die Besatzung überlebt hatten. Diese Zeugnisse wurden in sein Buch "Kriegsverbrechen des Kiewer Regimes im Gebiet Kursk und in der Donezker Volksrepublik" aufgenommen. Grigorjew erklärt:

"Das ukrainische Militär nahm wahllos Siedlungen unter Beschuss, doch oft beschoss es vorsätzlich zivile Objekte, darunter Krankenhäuser und Kirchen. Durch den Beschuss starben Menschen.

Einige versuchten zu fliehen und das Kursker Grenzland selbstständig zu verlassen. Ukrainische Soldaten beschossen sie mit Handfeuerwaffen, 'jagten' sie mit Drohnen. Jene, denen die Flucht gelang, erzählten später: 'Wir sahen einem ukrainischen Soldaten in die Augen, er richtete den Blick auf uns und sah, dass eine Frau und Kinder im Auto saßen, hielt aber trotzdem sein Sturmgewehr hoch und eröffnete das Feuer.'

Menschen, die in den besetzten Dörfern blieben, wurden vom ukrainischen Militär in großer Zahl erschossen. Seine Aktionen hatten keine Logik. Mehr noch, jedes unvorsichtige Wort oder bloß die schlechte Laune eines ukrainischen Kämpfers konnte zu diesen Morden führen. Dabei zwangen ukrainische Kämpfer unter Erschießungsandrohung die Gebietsbewohner diverse Interviews zu geben und den Ukrainern zu danken."

Nach Grigorjews Ansicht handelt es sich bei den Verbrechen des ukrainischen Militärs im Gebiet Kursk um einen Genozid. Er betont:

"Das ist nicht bloß ein Massenmord an Zivilisten, sondern ein Massenmord auf nationaler Grundlage. Dabei machte der Feind keinen Hehl daraus. Sie sagten offen, dass sie Russen hassen und unterwerfen deswegen die Menschen einem totalen Terror."

Der Experte verwies darauf, dass die Zielsetzung des neuen ukrainischen Verteidigungsministers Fjodorow, 50.000 Russen monatlich zu töten, dies bestätige:

"All das richtet sich nicht nur gegen russische Soldaten, sondern auch gegen Russen insgesamt, darunter jene, die Staatsbürger der Ukraine sind. Jene, die das Regime nicht unterstützten, wurden seit 2014 gefoltert und ermordet. Für die Regierung in Kiew sind sie ebenso Feinde wie die Russen in Russland.

Wir haben zahlreiche Zeugnisse von Menschen, die ukrainische Kämpfer zitieren: 'Wenn wir uns zurückziehen, werden wir keinen Stein auf dem anderen lassen, und euch alle erschießen.' Und wie wir sehen, agieren sie genau so beim Rückzug aus vielen Siedlungen."

Als beste Antwort auf diese Verbrechen bezeichnete Grigorjew die Erfolge der russischen Streitkräfte.

Davon, dass die Verbrechen des ukrainischen Militärs im Gebiet Kursk die Züge eines Genozids tragen, spricht auch der Militärexperte Wassili Dandykin:

"Ich erinnere daran, dass in [Chatyn](#) durch Erschießungen und Feuer 149 Menschen getötet wurden, darunter 75 Kinder im Alter von unter 16 Jahren. Wir aber müssen noch eine traurigere Bilanz ziehen. Daher ist es selbstverständlich die Handschrift der Nazis. Das ukrainische Militär machte keinen Hehl daraus, die Spuren der Verbrechen sind geblieben."

Der Experte betont, dass eine endgültige rechtliche Bewertung nur von einem speziell eingerichteten Tribunal gefällt werden könne, wofür zusätzliche rechtliche Schritte notwendig seien. Gerade deswegen prüfen russische Rechtspflegeorgane sorgfältig alle Fakten: Sie sammeln Beweise, befragen Zeugen und decken schreckliche Verbrechen auf.

Nach Dandykins Einschätzung handelte es sich bei der Invasion ins Gebiet Kursk um eine "Strafexpedition" mit einer Informationskomponente:

"Das war ein sehr bezeichnendes Moment, das darauf hinweist, mit wem wir es zu tun haben. Es ist durchaus möglich, dass an diesen Strafeinsätzen auch ausländische Söldner aus Kolumbien und anderen Ländern teilnahmen."

Schon jetzt gibt es unumstößliche Beweise für einen spezifischen Vorsatz zur physischen Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassistischen oder religiösen Menschengruppe an sich.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Zuerst erschienen am 22. Januar bei der Zeitung "Wsgljad".

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.